

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
J. W. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Häß,
S. W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 R. 25 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Rge. Sachsen
u. Drzgrh. Sachsl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Vergnügungs-
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 48.

Mittwoch, 28. April.

1875.

Abonnements auf den „Volksstaat“

für den Monat Mai zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld &c. bei Frau Engel, Reudnitz Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Connewitz &c. bei Teubert, Vornaischestr. 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 daselbst, für Thonberg u. Neureudnitz bei Zeitungspediteur Bichau, Neureudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis &c. bei D. Peukert, Hauptstraße 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volksstaat“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert bei Trautmann, Mantenselstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; S. Ehmann, Schwedenstr. 1, 2 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Nationalökonomie.

II.

Der Luxus.

Es ist eine weitverbreitete, von den meisten Menschen im guten Glauben als unumstößlich richtig angenommene Meinung, daß der Luxus der reichen Leute eine Nahrungsquelle, ein Segen für die arbeitende Bevölkerung sei. Man glaubt, wenn die Reichen ihre Frauen und Töchter nicht mehr in Sammt, Seide und Spitzen kleideten, wenn sie ihre Wohnungen nicht mit kostlichen Teppichen, glanzvollen Tapeten, mit geschmückten Möbeln und mit tausenden von theueren Luxusartikeln ausstatteten, würden alle die Arbeiter, welche mit der Herstellung derartiger Luxuswaren beschäftigt sind, keine Arbeit, also auch keinen Verdienst, somit auch nicht die Möglichkeit der Existenz haben.

Man behauptet und glaubt also, der Luxus der Reichen ernähre die Armen.

Unter den heutigen vernunftwidrigen Gesellschaftsverhältnissen ist diese Ansicht leider nur zu begründet. Betrachtet man aber den Luxus der reichen Leute aus einem anderen, aus einem wahrhaft volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte, dann gewinnt man eine ganz andere, geradezu entgegengesetzte Ansicht von der Sache.

Man muß sich dazu wieder klar machen, daß alle Menschen durch den Verbrauch, durch den Konsum von Waaren leben, daß also die sogenannten produktiven Arbeiter, d. h. die Arbeiter, welche Waaren erzeugen, zusammen so viel von allen Waaren herstellen müssen, daß alle Menschen aus dieser Menge der erzeugten Waaren ihren Lebensunterhalt finden können.

Unter den bestehenden Verhältnissen erhält nun beinahe jeder Mensch den Lohn für seine Thätigkeit in barem Gelde ausgezahlt und gibt das Geld wieder aus, indem er sich in den verschiedensten Läden und Magazinen diejenigen Waaren wieder einkauft, welche er zu seinem und seiner Familie Unterhalt verbraucht.

Alle Waaren, welche auf den Märkten, in den Lagern, Magazinen und Läden aufgeschichtet und zum Verkauf bereit gehalten werden, sind Arbeitsprodukte der produzierenden Arbeiter; die Gesamtheit aller dieser Waaren ist das Gesamtprodukt der gesamten Bevölkerung. Man kann sich die Sache so vorstellen, als liefere jeder einzelne Arbeiter im ganzen Volke sein Arbeitsprodukt in diese Magazine ab, und hole sich dagegen aus denselben seinen Antheil am Gesamtprodukt; dieser Antheil wird jetzt bestimmt durch den Werth des als Lohn für die Arbeit erhaltenen Geldes.

Stellt man sich die Sache in dieser Weise vor, wie sie ja in der That liegt, was nur durch die Dagwischenkunft des Geldes verunkelt wird, daß nämlich jeder Mensch statt des Geldlohnes gleich die Waare ausgehändigt erhält, welche er sich jetzt erst für das erhaltene Geld kauft, so wird sofort klar, daß alle die Arbeiter, welche Luxusartikel fabriciren, wenig oder gar nichts von ihrem eigenen Arbeitsprodukt zum Verbrauch erhalten, sondern nur solche Waaren konsumiren, welche man mit dem Namen der allgemeinen großen Konsumtionsartikel bezeichnet.

Alle gewöhnlichen Waaren, ohne deren Verbrauch die Menschen nun einmal nicht leben können, die gewöhnlichen Lebensmittel, Kleidungsstücke, Wohnungen, Haus- und Küchengeräth u. s. w. bilden also gewissermaßen eine besondere Abtheilung in den Magazinen; aus dieser Abtheilung erhalten die Arbeiter, sowohl diejenigen, welche Waaren produziren, als auch diejenigen, welche gesellschaftliche Kunstleistungen verrichten, ihren Lebensunterhalt; gefüllt werden diese Magazine mit den Arbeitsprodukten der Arbeiter, welche jene allgemeinen Konsumtionsartikel herstellen; der Arbeitsertrag dieser Arbeiter ist also so groß, daß er zur Erhaltung aller Luxusarbeiter und der meisten, Dienstleistungen verrichtenden Arbeiter ausreicht.

Alle, dem höheren Luxus dienenden Gegenstände bilden nun die andere Abtheilung der großen Magazine; gefüllt werden diese Magazine mit dem Arbeitsertrag aller Arbeiter, welche jene Luxusartikel herstellen; geleert werden diese Magazine durch den Konsum der reichen Leute, welche übrigens ihren Bedarf an gewöhnlichen Waaren, an Brod, Fleisch &c. außerdem noch aus den Magazinen der ersten Abtheilung entnehmen.

Man muß sich nun klar machen, wie groß die Zahl aller Luxus-

arbeiter ist und bedenken, daß ihr ganzes Arbeitsprodukt von der kleinen Zahl der reichen Leute verbraucht wird; daß diese reichen Leute als Gegenleistung für den ungeheuren Antheil am Gesamtprodukt höchstens den Dienst der Capitalisten leisten, welcher in der Leitung der Produktion und des Handels besteht; so weit sie nun wirklich der Gesellschaft Dienste leisten, haben sie, wie wir früher ausgeführt, ein unbedingtes Anrecht an einen Theil des Gesamtarbeitsertrages; es leuchtet aber wohl von selber ein, daß ihr Lohn in keinem, auch nur annähernd richtigen Verhältnis zu ihren Dienstleistungen steht.

Nehmen wir nun einmal an, daß durch irgend eine neue, gesellschaftliche Organisation der Konsum und damit die Produktion von Luxusartikeln verhindert würde — alle mit der Herstellung dieser Artikel beschäftigten Arbeiter würden doch ihren Lebensunterhalt aus den gewöhnlichen Konsumtionsartikeln weiter beziehen müssen; wer aber nicht arbeitet, soll auch nicht essen; alle diese Arbeiter würden also anfangen, ebenfalls gewöhnliche Konsumtionsartikel zu produziren; sie würden ihren Arbeitsertrag in das Magazin abliefern, aus dem sie bisher schon ihren Lebensunterhalt bezogen haben; das heißt, sie würden die Masse der für alle dienenden Konsumtionsgegenstände um ihren ganzen Arbeitsertrag vermehren, und es könnte daher jeder Einzelne eine größere Portion erhalten, als früher.

Machen wir uns die Sachlage an einigen, aus dem Leben gegriffenen Beispielen klar.

Man braucht nur einmal die Beschreibung eines Festes der reichen Leute, etwa eines Hofballes zu lesen, um ein Bild von dem übertriebenen Luxus zu bekommen.

Die Damentoilletten, die Herrichtung der Festräume, die Speisen und Getränke, welche an einem einzigen derartigen Abend verbraucht und verworben werden, haben den Werth von, angenommen, 100,000 R. M. Das repräsentirt, wenn man auch den hohen Verdienst der Fabrikanten und Lieferanten in Anschlag bringt, ungefähr 100,000 Tage gewöhnlicher Arbeitelöhne; volkswirtschaftlich aufgefaßt heißt das also, es haben etwa 330 Menschen ein Jahr lang arbeiten müssen, um den Luxus herzustellen, der an einem einzigen derartigen Ballabend vergeudet wird.

Und die Mehrzahl der, mit der Herstellung dieses Luxus beschäftigten Arbeiter darbt und geht in Lappen!

Der Weber, der den feinsten Battist verfertigt, muß seine Kinder ohne Hemden laufen lassen; die Spitzenkuppelerin, welche mit Aufopferung ihrer Sehkraft arbeitet, stirbt den langsamen Hungertod; die Arbeiter, welche Sammt- und Seidenzeuge machen, haben keinen warmen Winterrock auf dem Leibe; die Schneider und Nähmädchen, die Blumen- und Federnfabrikmädchen leben elend und langsam verkommend; und alle diese Arbeiter müssen noch froh sein, wenn ihre Arbeitskraft recht viel durch solche Vergeudung in Arbeit genommen wird, weil sie mit dem Aufhören dieser Vergeudung vollständig auf's Pflaster geworfen werden.

Würden nun aber 330 Menschen ein Jahr lang mit der Herstellung von ordinärem Spiring, Tuch u. dgl. beschäftigt, so würde ihr Arbeitsertrag nicht nur ihnen selbst gute und genügende Kleidung verschaffen, sondern sie wären auch im Stande, so viel zu produziren, daß sie noch eine mehr als doppelt so große Zahl ihrer Mitmenschen einkleiden könnten!

Ein anderes Beispiel!

Da baut sich irgend ein reicher Mann ein Schloß, eine Villa; mit der inneren Einrichtung kostet diese Wohnung, angenommen, 300,000 R. M. Das repräsentirt also wieder ungefähr die Jahresarbeit von 1000 Menschen, die angewendet worden ist, um einer Familie die Wohnung zu bauen und einzurichten! Wie viel einfache, aber gesunde und lustige Wohnungen mit der nöthigen Einrichtung könnten nicht von diesen 1000 Menschen in einem Jahre gebaut werden!

So aber wohnen die Leute in ungesunden, dumpfigen Räumen, ohne Luft und ohne Licht, eng zusammengedrängt, die verschiedenen Geschlechter, Erwachsene und Kinder, in demselben Raume schlafend, kochend, wohnend, oft gar noch arbeitend!

Und Alles, was diese Arbeiter an Wohnung, Nahrung, Kleidung verbrauchen, es ist das Arbeitsprodukt ihrer Arbeitsbrüder, welche durch ihre Arbeit so viel Produkte herstellen müssen, daß auch ihre, dem Luxus und der Vergeudung dienenden Genossen miterhalten werden!

So läßt sich Beispiel an Beispiel reihen, und aus jedem tritt die unwiderlegliche Wahrheit zu Tage, daß alle bei der Produktion der Luxusartikel beschäftigten Arbeiter ihren Arbeitsertrag an die reichen Leute abgeben und vom Ertrag der Arbeit ihrer Brüder leben müssen.

Wir wollen gern zugestehen, daß der Begriff „Luxusartikel“ kein feststehender, unbedingt abzugrenzender ist. Sachen, welche noch vor einem Menschenalter für Luxusgegenstände angesehen wurden, sind durch vermehrte und verbesserte Produktion zu mehr oder minder eingeführten Konsumtionsartikeln geworden; es kann sogar zugegeben werden, daß durch die erst bei der heutigen Produktionsweise eingetretene Wassenerzeugung immer mehr Luxusgegenstände zu allgemeinen Konsumtionsartikeln gemacht worden sind und auch ferner noch gemacht werden.

Das ändert aber an der Thatsache gar nichts! Mag einem rohen Volke der Gebrauch der Seife als ein Luxus erscheinen; mag leider die Mehrzahl der Arbeiter noch das Lesen von Zeitungen, mag die überwiegende Majorität der Bourgeoisie das Kaufen von belehrenden volkswirtschaftlichen Werken für unnützen Luxus halten; mag man in Folge davon dort die Seifenfabrik-Arbeiter, hier die Segler und Drucker als Luxus-Arbeiter be-

trachten — immer wird sich die eben ausgesprochene Ansicht bewahrheiten.

Wo die Mehrzahl des Volkes den Gebrauch von Seife und Zeitungslektüre noch für einen Luxus hält, werden auch die mit der Herstellung dieser Artikel beschäftigten Arbeiter, wenn nicht ganz, doch in der Hauptsache für die Minderzahl arbeiten und nur einen verschwindend kleinen Antheil am Verbrauch der von ihnen erzeugten Artikel haben.

Während also unter den heutigen Gesellschaftsverhältnissen der sich in wenigen Händen aufhäufende Reichtum und der daraus entstehende übermäßige Luxus nur die Folge hat, daß alle jenem Luxus dienenden Arbeiter von ihren Arbeitsbrüder mit erhalten werden müssen, weil ihr ganzer Arbeitsertrag von den weniger reichen Leuten konsumirt wird, würde eine vernunftgemäße Organisation der Gesellschaft den Culturfortschritt, der im Luxus enthalten sein soll, erst zur Erscheinung bringen.

Sobald nämlich die Arbeit der Menschen so produktiv geworden ist, daß nicht mehr jeder Einzelne seine volle Arbeitskraft einzusetzen braucht, um nur den nöthigsten Lebensunterhalt zu gewinnen, kann die frei werdende Arbeit selbstverständlich nicht nur zur Vermehrung, sondern auch zu besserer, sorgfältigerer und geschmackvollerer Ausführung verwendet werden. Dann übt der Gebrauch der Allen zugänglichen, nun besser und kunstvoller gearbeiteten Waaren Einfluß auf die Ausbildung des Schönheitssinnes; die Masse des Volkes, welche Theil haben kann und Theil hat an allen Verschönerungen und Verbesserungen, wird empfänglich gemacht für Kunst und Wissenschaft, und die durch vermehrte und verbesserte Produktion übrig bleibende Zeit kann zur geistigen Ausbildung benutzt werden.

Während heute geistige Ausbildung sowohl wie der Genuß der feineren Luxusartikel mehr oder minder ein Monopol des Reichtums ist, würde Bildung und Genuß für Alle ermöglicht werden können, wenn eine vernünftige Gesellschaftsorganisation die Genußmittel gleichartiger herzustellen und gleichmäßiger zu vertheilen gestattete.

Dann würde sich auch sofort zeigen, daß die von der Vöswilligkeit erfundene und von der Dummheit nachgeschwafelte Behauptung, daß der Sozialismus die Cultur vernichten müsse, ein großartiger Unsinn ist.

Der Luxus wird unter vernünftigen Menschen als ein Bildungsmittel immer gepflegt und vermehrt werden, aber nicht als ein Monopol für Wenige, sondern als ein berechtigter Genuß für Alle.

Wie sehr das möglich ist, dafür bietet uns die Geschichte ein leuchtendes Beispiel. Niemand und nirgendwo hat der Sinn für Schönheit, Kunst und Wissenschaft in höherer Blüthe gestanden, als im alten Athen; dort war durch strenge Besetze dem Privatluxus gesteuert, und die Folge davon zeigte sich in dem öffentlichen, allen Bürgern gemeinsamen Luxus: in den Bau- und Bildwerken, welche noch heute als unerreichbare Muster unseren Künstlern vorschweben!

Die Fortschritte in der Technik, die Einführung des Dampfes und der Maschinen haben eine gewaltige, früher für unmöglich gehaltene Arbeitersparung bei der Produktion der großen Konsumartikel herbeigeführt; die hierdurch frei gewordene Arbeit, richtiger gesagt, die für die Herstellung jener Konsumartikel nicht mehr nöthigen Arbeiter dienen unter den jetzigen Gesellschaftsverhältnissen dem unnützen Luxus weniger Menschen und werden auf's Pflaster geworfen, sobald die vernunftwidrige Vergeudung plötzlich aufhört; bei einer vernünftigeren Gesellschaftsorganisation, wie sie der Sozialismus anstrebt, werden dagegen alle Fortschritte in dem Produktionsverfahren nur benutzt werden, um Allen ein besseres, auskömmlicheres Leben zu verschaffen und Allen Gelegenheit zu bieten, den Geist und Sinn für Wissenschaft und Kunst zu bilden.

Dann wird auch der Luxus Allen gleich zugänglich und Alle befriedigend, segensreich wirken und ein Mittel werden zur Erreichung des Zieles, welches Aristoteles als den Zweck des Staates bezeichnete, und welches wir als den Zweck des Sozialismus betrachten:

„Die Erlangung eines würdigen und glückseligen Lebens für Alle!“

Aus England.

London, 17. April.

(Schluß.)

Im Unterhause kam vorige Woche die „Merchant Shipping Act Amendment Bill“, über welche ich Ihnen schon kurz berichtet habe, zur zweiten Lesung. Die Debatte brachte nicht viel Neues zu Tage. Von Seite der Regierung leere Phrasen, mit denen die öffentliche Meinung beschwichtigt werden soll, und eine ehrlich gemeinte, zarte Rücksichtnahme auf die Wünsche der Schiffeigentümer; und von der anderen Seite wohlbekannte Thatsachen, welche den bisherigen verbrecherischen Betrieb der Handels-Schiffahrt beweisen. Die Regierung will weder von einer gründlichen Ueberwachung und Untersuchung der Schiffe, noch von einer Ladelinie etwas hören, während Plimsoll und Alle, denen die Abschaffung des „legalen“ Massenmords wirklich am Herzen liegt, das Eine wie das Andere fordern und außerdem in

*) Ich bin nicht im Stande, den Bandwurm von Titel auf ansüßliche und verständliche Weise in's Deutsche zu überlegen; der freundliche Leser möge deshalb muthig über denselben hinweggehen. Er verliert nichts dabei. (Wörtlich: „Gefahrenwurm zur Verbesserung der Kaufschiffahrt.“)

letzter Zeit die behördliche Prüfung des Baumaterials für eiserne Schiffe in ihr Programm aufgenommen haben. Einmütig sind beide Parteien in der Klage über den Mangel an tüchtigen Matrosen, wenn sie auch in der Erklärung der Ursachen des Uebels auseinandergehen. Sicherlich haben diejenigen Recht, welche die schlechte Paga und Behandlung der Seeleute der Handelsflotte als den Grund des Matrosenmangels betrachten. Schlechter Lohn, die Anwartschaft, auf verrotteten, gut affektierten Schiffen zur See gehen zu müssen, die Peitsche und endlich eine mittelalterliche Ausnahmestrafgesetgebung sind wahrhaftig keine Anziehungsmittel. Bezüglich der Gesetzgebung gegen die Matrosen machte der Abgeordnete Harcourt der Regierung den Vorwurf, das „härteste und barbarischste Criminal-Gesetz“ wieder einzuführen, das — seiner Meinung nach — „beispiellos in irgend einem anderen Theile der Welt“ sei. Diese Gesetzgebung — sagte der Redner — trage einen äußerst sonderbaren Charakter. Sie beginne mit den Officieren des Schiffes. Wenn sich dieselben schlechter Aufführung, Trunkenheit, Tyrannei oder Vernachlässigung ihrer Pflichten schuldig machen, können Verhandlungen gegen sie eingeleitet werden, welche, — im Falle das betreffende Vergehen bewiesen wird — Absehung und Degradation zur Folge haben. Das sei alles! Allein wenn das Gesetz mit den Matrosen zu thun habe, nicht für schlechtes Betragen, Trunkenheit oder Nachlässigkeit, sondern für Vergehen von ganz untergeordneter Natur, dann seien schwere Strafen ausgesetzt, welche auf keinem anderen Gebiete die Sanktion des Parlaments in unserer Zeit erhalten würden. — Es sei gesagt worden, wir müßten den Charakter unserer Matrosen erheben und Leute zur Handelsflotte anziehen, und doch stände man im Begriffe, Gesetze gegen sie zu erlassen, denen kein anderer englischer Unterthan unterworfen sei, Gesetze, viel schlechter als jene, welche in den schlimmsten Tagen der Matrosenpersecution bestanden (the worst days of crimping). — Nach § 16 könne ein Mann wegen Desertion zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt werden. — Was seien die Folgen einer solchen Gesetzgebung? Nun, er finde, daß man in Liverpool und im ganzen Lande Seeleute zu 6, 7, 8 und 10 Wochen Gefängnis mit schwerer Arbeit verurtheilt habe, weil sie sich — und zwar manchmal zufällig — von ihren Schiffen entfernten. Er habe einen offiziellen Bericht über diese Verurtheilungen vor sich; eine traurigere Urkunde von Ungerechtigkeit sei unmöglich zu finden. Vier Matrosen wurden in Haverford eingesperrt, weil sie sich weigerten, in der „Elisabeth“, welche sich damals in stinkendem Zustande befand, zur See zu gehen. Nachdem die Männer 3 Wochen im Kerker gefesselt hatten, berichtete der Commissär der Handelskammer, daß das Schiff unbedingt seetüchtig sei. Zwei Seeleute, welche zu 10 Wochen Gefängnis verurtheilt worden waren, weil sie sich geweigert hatten auf ein Schiff zu gehen, seien in Folge einer Empfehlung des Ministers des Innern freigelassen worden. — Nach dem Gesetze von 1873 müsse die Untersuchung eines Schiffes eingeleitet werden, wenn sich ein Viertel der Mannschaft beklagt; allein warum soll auch nur ein einziger Mann gezwungen werden, in einem Schiffe zur See zu gehen, welches für seetüchtig zu halten er guten Grund haben mag?!

So weit Harcourt. Ob diese Gesetzgebung „beispiellos“ in anderen Ländern sei, ist fraglich. Die Matrosen stehen fast überall unter mehr oder minder barbarischen Ausnahmestrafen und das Resultat ist allerorts dasselbe: Mangel an tüchtigen Seeleuten. Der Abgeordnete Drayton gab einen kleinen Beitrag zur Illustration dieser Thatsache; er sagte u. A.:

Dieselben Klagen, welche von englischen Schiffseignern bezüglich des Mangels an tüchtigen Matrosen erhoben werden, seien auch in anderen seefahrenden Ländern zu hören. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika mache sich ein ähnlicher Uebelstand fühlbar, was um so bemerkenswerther sei, als in diesem Lande — nach seiner Meinung — die Unterstützung zur See nicht zunehme. Außerdem sehe er aus einigen sehr interessanten Uebersetzungen aus deutschen Zeitungen, welche in der „Revue Maritime“ veröffentlicht wurden, daß der Mangel an Matrosen in Deutschland allgemeiner gefühlt werde als in England. An der norddeutschen Küste lägen Schiffe wochenlang, unfähig zur See zu gehen, weil die nöthigen Mannschaften nicht zu finden seien, während, was Disziplin anbelange, die Thatsache interessant sei, daß im letzten Jahre die Desertionen von Schiffen, welche von und nach Bremen segelten, die Höhe von 16 Prozent erreichten.

„D, welche Lust, Matrose zu sein!“ D. S.

Politische Uebersicht.

— Wie Bismarck „die Geschichte in ihr Recht stellt.“ In einer der letzten Kulturkämpfe in der preussischen Abgeordnetenhaus (am 16. d.) sagte von Schorlemer-Alt (Centrum) am Schluß einer längeren Rede:

„Ich warne davor, auf diesem Wege weiter zu gehen und möchte diese Warnung mit einer historischen Reminiscenz unterstützen, die, wie ich glaube, um so beachtenswerther ist, nachdem dem Fürst Bismarck mißlungen ist, den Einfluß Roms auf die Centrumfraktion zu erreichen; und nachdem ihm auch der Versuch mit dem deutschen Kardinalbischof mißlungen ist. Ich entnehme dieses geschichtliche Faktum aus einer unvorurtheilichen Quelle, aus den Memoiren des Konfessionalsrates Eiserl. Napoleon I., dieser gewaltigste und gewaltthätigste Mann unseres Jahrhunderts, hatte bekanntlich 2 Päpste in der Gefangenenschaft. Im Jahre 1811 suchte er den in Fontainebleau gefangenen Papst Pius VII. auf und suchte ihn durch alle möglichen Mittel, der Schmeichelei, Berechnung, durch die schönsten Anerbietungen zu bewegen, mit ihm zusammen zu gehen und seinen weltbeherrschenden Plänen sich anzuschließen, sie zu unterstützen. Der Papst lehnte das ab, und darüber wurde Napoleon zornig, ließ die größten Drohungen gegen den Papst aus, und um diese Drohungen zu verstärken, ergriff er sogar zuletzt das Schürzenband des Dens und ließ, seine Hornausbrüche damit begleitend, tiefe Böhren in die mit Damast überzogenen Möbel. Der Papst ließ ihn ganz ruhig antworten und als Napoleon innehielt, da sagte der Papst bloß das eine Wort: Tragödie, Trauerspieler. Meine Herren dieses Wort war eine Prophezeiung, die 3 Jahre nachher zur vollen Wahrheit wurde — ich überlasse Ihnen, die Anwendung zu machen und schlief.“

Fürst Bismarck: „Der Herr Vorredner hat selbst die Durchführung geäußert, die ich nicht theile, daß seine Rede von gewissen Seiten milt gefunden werden würde! Man kann dies vielleicht von manchen Theilen des Inhalts, aber gewiß nicht von der Form und den Ausdrücken sagen, die mitunter sogar recht kräftig waren. Den Eindruck einer wirklichen Miltigkeit habe ich eigentlich nur dadurch, daß er zu lange gesprochen hat, und am Ende seiner

Rede gehabt, wo er die bekannte, von ihm historisch, von mir unhistorisch genannte Anekdote von Napoleon I., erzählte.

Ich muß da die Geschichte in ihr Recht stellen. Die Sache lag so: Der Papst erlaubte sich Napoleon als einen Komödianten zu bezeichnen, und Napoleon antwortete ihm darauf mit vieler Geistesgegenwart: Tragödie! (Große Härte!)

Ich meine, diese kleine Geschichte ist so wie ich sie erzähle, und nicht so wie sie in den Schulen, wo der Herr Vorredner seine Bildung genossen hat, in seiner Heimathprovinz gelehrt wird.“

v. Schorlemer: (Zu einer persönlichen Bemerkung.) „Der Herr Ministerpräsident, und ihm huldigen der Abgeordnete Dr. Birkow, der das als eine geistreiche Zurückgabe bezeichnete, hat mir vorgeworfen, ich hätte die bekannte geschichtliche Thatsache unrichtig citirt. Ich bemerke darauf, daß ich aus Höflichkeit gegen den Fürsten Bismarck die erste Antwort des Papstes Pius VII. an Napoleon I., als dieser ihn zu überreden suchte und darauf der Papst ihm sagte Comedianten*, wegließ und nur den zweiten Theil der Geschichte erzählt habe, wo der Papst Pius VII. Napoleon I. erwiderte Tragödie**. Unrichtig ist das Citat von dem Herrn Ministerpräsidenten wiedergegeben worden. Ich bemerke hierbei zugleich, daß ich meine Schulbildung in einer protestantischen Militärerziehung anstatt erhalten habe.“

Dies nach dem amtlichen stenographischen Bericht der Hergang. Schorlemer Alt hatte Recht, und Bismarck hatte nur seine eigene Unwissenheit „in ihr Recht gestellt“. Er wagte deshalb auch gar keine Duplit und steckte die Zuchtigung ein, nachdem ihm begrifflich gemacht worden war, welche Bißge er sich und seiner Unschicklichkeit gegeben. Daß nun eine Person in der Stellung des Fürsten Bismarck eine geschichtliche Anekdote nicht kennt, die jeder Quarantänier im Kopf hat, ist recht schlimm; daß eine Person in der Stellung Bismarcks besagte Anekdote im Arcopag des Landes tendentiös falsch erzählen kann, ist schlimmer; daß Männer der Wissenschaft, wie Birkow, dieser tendentiösen Falschherzählung, weil der Falschherzähler Fürst Bismarck heißt, Beifall spenden, das ist noch schlimmer; das schlimmste aber ist, daß unsere gesammte nationale Presse, auch die von dem Geschichtspräsidenten Biebermann redigirte „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die Abfertigung Bismarcks durch Schorlemer-Alt verschwiegen, und die Sache so dargestellt hat, als ob Fürst Bismarck in diesem Wortgespräch glänzend gestift, und päpstlicher Falschherzählung gegenüber die historische Wahrheit zur Geltung gebracht hätte. So wird die Geschichte gefälscht! Und das nennt sich „Kulturkampf“.

— Kaiserliche Gnade. Wegen eines der schwersten Verbrechen, welche das Strafgesetzbuch kennt, nämlich „wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ war ein Offizier außer Diensten, ein Herr von Melkenburg in Berlin zu einer mehrmonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden. Derselbe hatte am Billetschalter eines Bahnhofes lange warten müssen, was gegen den Beamten grob geworden und hatte, von einem Schutzmännchen zurückgewiesen, diesen fürchtbar mißhandelt. Auf eingereichtes Obnabengesuch ist er jetzt vom Kaiser zu einer Geldstrafe von 1500 Mark begnadigt. So wenig die Tausend Thaler Geldstrafe Herrn Commerzienrath Simon in Königsberg Schmerzen verursachen, so wenig Schmerzen verursachen die 500 Thaler Geldstrafe dem Herrn von Melkenburg.

Dieser Herr Simon hat jetzt einen Kollegen erhalten in der Person des Gründers und Schwunders Ende in Sagan, der, wegen Spitzbübereien zu Gefängnisstrafe verurtheilt, neuerdings zu einer Geldbuße von 900 Mark begnadigt worden ist. Im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte wird bald so weit kommen, daß die Gefängnisse zu ehrlich sind für die Diebe, und daß nur wer im Gefängnis sitzt oder gefesselt hat, — zwar nicht für hoffähig, wie Windthorst gesagt, aber für ehrlich gelten wird.

— Der preussische Handelsminister hat unterm 25. v. M. folgende, die Arbeiterklassen betreffende, namentlich die Arbeiter interessirende Verfügung an sämtliche Bezirksregierungen u. s. w. erlassen:

„Aus verschiedenen bei mir eingebrachten Beschwerden ergibt sich, daß die auf Grund der zur Zeit noch geltenden Bestimmungen vieler Orten eingeführte Verpflichtung von Arbeitnehmern, einer bestimmten Untersützungskasse anzugehören, neuerdings mit besonderer Strenge und namentlich auch gegen solche Arbeitnehmer zur Geltung gebracht ist, welche nach ihrem Eintritte in eine sogenannte freie Kasse, in Folge der entsprechenden Auslegung des § 141 Alinea 2 der Gewerbeordnung auch von den Rassenverwaltungen und Aufsichtsbehörden als von jener Verpflichtung befreit angesehen und demgemäß zu den Rassenbeiträgen schon seit längerer Zeit nicht mehr herangezogen waren. Dieses bereits in meinem Erlasse vom 8. Mai v. J. als unbillig bezeichnete Verfahren entspricht der gegenwärtigen Lage der Sache um so weniger, als die Reichsregierung, wie durch Veröffentlichung des betreffenden Gesetzentwurfs allgemein bekannt geworden, bestrebt ist, eine baldige Neuregelung des gesammten Rassenwesens herbeizuführen. In dem ich daher der königlichen Regierung den angezogenen Erlaß in Erinnerung bringe, empfehle ich derselben zugleich, schnellst dahin zu wirken, daß die in demselben ausgesprochenen Grundsätze auch von den Rassenverwaltungen und den Aufsichtsbehörden beachtet werden.“

Der angezogene zweite Absatz des § 141 der Gewerbeordnung lautet: „Die durch Ordonnanz oder Anordnung der Verwaltungsbehörde begründete Verpflichtung der Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge und Fabrikarbeiter, einer bestimmten Kranken-, Hilfs- oder Sterbekasse beizutreten, wird indeß für diejenigen aufgehoben, welche nachweisen, daß sie einer andern Kranken-, Hilfs- oder Sterbekasse angehören.“

— Zur Fabrikgesetzgebung in der Schweiz wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 20. d. geschrieben:

„Die vom Handelsdepartement zur Vorbereitung des Fabrikgesetzes einberufene Commission hat ihre Arbeit in einer Weise erledigt, die sich auch des Beifalls der Arbeiter erfreuen wird, obgleich der eifrig und nicht der zehnstündige Normalarbeitstag festgehalten wurde. Die Gegner des Normalarbeitstages hatten in der jüngsten Zeit noch manche Anstrengung gemacht, der Gesetzgebung auf diesem Gebiete einen Stein in den Weg zu werfen, und man hatte sogar den vollen Ruin der schweizerischen Industrie in Aussicht gestellt, wenn an Stelle der bisherigen 12- bis 13stündigen Arbeitszeit in Zukunft die 11stündige treten sollte. Verschiedene Handelsvereine hatten gegen den Normalarbeitstag überhaupt protestirt oder ihn nur für Kinder zugegeben und den Wöhnerinnen eine mehrwöchentliche Arbeitspause eingeräumt. Das eidgenössische Handelsdepartement hatte sich durch diese Stimmen in der Ausführung des Fabrikgesetzes nach Maßgabe der sehr klaren Besatzungsbestimmung nicht beirren lassen, sondern zur Vorbereitung eine gemischte Commission einberufen, in der beide Theile

*) Comödianspieler, Comödiant. **) Tragödienspieler, Tragödiant.

vertreten waren. Der schweizerische Arbeiterbund besaß in dem Kantonsrath von Basel die Vertretung in der Commission. Man dachte es, den zehnstündigen Normalarbeitstag festzuhalten. Diesem Antrag gegenüber wurde von demokratischer beziehungsweise sozialdemokratischer sowie von ärztlicher Seite aus der zehnstündige Normalarbeitstag gefordert, und hier hätte dieses Verlangen die Majorität gefunden, wenn die Commission nicht den schroffen Uebergang gesucht hätte. So entschied sie sich für den elfstündigen Normalarbeitstag. Die Arbeitsunterbrechung der Wöhnerinnen wurde auf zehn Wochen vor und nach der Entbindung festgesetzt. Vor dem zurückgelegten vierzehnten Altersjahre dürfen Kinder nicht in den Fabriken beschäftigt werden, und bis zum zurückgelegten sechszehnten Altersjahre darf Schula- und Arbeitszeit täglich nicht mehr als zehn Stunden betragen. Vor dem 18. Jahre ist Sonntags- und Nachtarbeit überhaupt nicht gestattet. Das Verbot der Kinderarbeit bei gefährlichen oder ungesunden Industriezweigen wird der Regelung durch den Bundesrath überwiesen. Hier bedarf es spezieller Ermittlungen, zu denen der Bundesrath die geeignete Behörde ist. Der Entwurf des Handelsdepartements hatte die Beschränkung enthalten, daß für minderjährige Arbeiter Arbeitsbücher eingeführt werden sollten. Dies hat die Commission abgelehnt. Die obligatorischen Kranken- und Altersklassen, welche den schweizerischen Arbeiterbund empfindlich getroffen hätten, wurden gestrichen. In Betreff des mündlichen Lohnvertrages wurde für beide Theile eine vierzehntägige Kündigung beschlossen; die Löhnung soll ebenfalls vierzehntägig sein. Die Bestimmungen über die Geschäftlichkeit und Schädlichkeit gewisser Fabriken wurden im Allgemeinen nach dem Entwurf des Handelsdepartements angenommen. Nur eine wichtige Aenderung verdient in dieser Hinsicht Erwähnung. Für alle Unglücksfälle, welche durch den Betrieb einer Fabrik herbeigeführt werden, hastet der Fabrikbesitzer nach Analogie des Gesetzes über die Haftbarkeit der Eisenbahnen. Der so veränderte Entwurf wird nun veröffentlicht und der öffentlichen Diskussion unterstellt werden. Nach Anhörung der Meinung des Publikums wird die Commission abermals zusammenzutreten und ihre Arbeit der Freile unterziehen, wo es nothwendig erscheint. Darauf wandert der Entwurf ans Handelsdepartement zurück.“

Dies der Bericht. Daß die Commission den 10stündigen Normalarbeitstag verworfen hat, ist um so weniger zu rechtfertigen, als die Vertreter der Wissenschaft vom sanitätlichen Standpunkt aus für denselben eingetreten sind. Daß Furcht vor „schroffem Uebergang“ den leitenden Beweggrund gebildet, wird kein vernünftiger Mensch glauben, und fällt uns da unwillkürlich die Anekdote von dem Mann ein, der seinem Hantel den Schwanz zollweise abschnitt, weil er „den schroffen Uebergang“ aus der Langschwanzigkeit in die Kurzschwanzigkeit „fürchtete“. Immerhin liegt auch im 11-stündigen Normalarbeitstag eine unzulässige, wenn auch nicht genügende Verbesserung. Sehr bedenklich ist die 14 tägige Lohnzahlung; desto anerkannterwerther die Reform des Haftpflichtgesetzes.

— Aus Serbien schreibt man uns: Daß die serbische Nationalversammlung aufgelöst wurde, ist Ihnen sicher schon aus der Presse bekannt.

Die Wahlen zu einer neuen Sapschtina werden in vier Monaten stattfinden, aber ich glaube nicht, daß „Ruhe und Ordnung“ in Serbien lange herrschen wird. Entweder es wird die Regierung, wenn sie ein bißchen Verstand hat, durch eine kriegerisch-nationale Politik — (Krieg gegen die Türkei) — die sozialistische Bewegung auf einige Zeit lahmlegen, oder sie wird durch die sozialistische Bewegung hinweggesetzt. — Etwas Drittes gibt es nicht. Die serbischen Sozialisten wollen zwar die Serben, die unter dem türkischen Joche schwachen, auch „befreien“, aber wir wollen zuerst im eigenen Hause frei sein, dann erst können wir aus ängstlicher Befreiung gehen, sonst würde es ja nur ein Wechsel der herrschenden Persönlichkeiten sein.

Unser Degan in Serbien „Osobojenie“ (Befreiung) ist unterdrückt, aber es erscheint bereits wieder ein anderes Blatt: „Hobo Osobojenie“ (Neue Befreiung). Das ist drollig! Wird dieses Blatt unterdrückt, dann kommt sicher eine „Neueste Befreiung“ dran und das wird sich bis in die Ewigkeit fortsetzen, wenn es nöthig werden sollte.

Der Prozeß unseres Freundes Nolic kommt Mittwoch den 21. April zur Verhandlung. Die Anklage lautet auf Religionsstörung und dürfte wohl mit einer Verurtheilung auf 5—6 Monate enden.

In Serbien hält man jetzt überall Gedächtnisfeiern zu Ehren des todtten Svetozar Markovic, selbst die kleinsten Dörfer sind nicht zurückgeblieben. Bei Feiern hat man ihn allerdings nicht so viel Ehre erwiesen, man hat ihn vielmehr hungern und leiden lassen. Es geht unser Sache und ihren Vertretern in Serbien eben auch nicht viel besser als anderwärts, bleiben wir also dafür besorgt, daß es besser wird.

Gewerksgenossenschaftliches.

Metallarbeitergewerksgenossenschaft.

Ludwigshafen, 21. April. Am 19. April hielten die Metallarbeiter Ludwigshafens wiederum eine Versammlung ab, in welcher abermals Genosse Goerdi aus Pöschel über den Ruin der Werkstätten und deren Krankenkassen in ausführlicher Weise referirte. Seinem Bemühen ist es auch gelungen, eine neue Mitgliedschaft aus neuen Elementen zu gründen. Bei der darauffolgenden definitiven Vorstandswahl wurde Unterzeichneter, da Goerdi in bestimmtester Weise erklärte, kein Amt anzunehmen, zum Bevollmächtigten gewählt; zum Kassirer wurde Adam Schmitt und zum Schriftführer Karl Grimm gewählt. Die neue Mitgliedschaft erfreut sich, Dank der regen Agitation Goerdi's eines stetigen Wachstums. Ebenso erfreut sich Genosse Goerdi, Dank seiner Agitation, eines gewissen Wohlwollens seiner Arbeitsherrin, indem dieselben es für nöthig hielten — wahrscheinlich um das Seelenheil ihrer Arbeiter besorgt — denselben zu maßregeln. Vorläufig wird er aber den Herren nicht den Gefallen thun, Ludwigshafen zu verlassen, sondern hofft im Gegentheil, diesen Sommer über hier noch tüchtig für die sozialistische Idee Propaganda machen zu können.

Mit brüderlichem Gruß und Handschlag!

Daniel Klein, Bevollmächtigter, wohnhaft im Gasthaus „Zum weißen Lamm“, 1. Stiege.

Verband der Kleinverner (Spengler) und Berufsgeossen.

Hamburg, 22. April. Da ich mit dem morgenden Tage, dem 23. April, meine einmonatliche Gefängnisstrafe antreten mag, wird die auf Pfingsten festgesetzte Generalversammlung des Verbandes auf unbestimmte Zeit vertagt. Alle Briefe, Sendungen etc.

sind bis auf Weiteres an den Hauptkassierer H. Kau, Hamburg, Niederstr. 36, Hof 1 Et., zu adressieren.

Der Bote* erscheint bereits am 8. Mai, doch wird die Jani-Kummers einige Tage später, als wie bestimmt, erscheinen.

Mit Gruß B. Wegger, Geschäftsführer.
NB. Alle Arbeiterblätter werden um Aufnahme dringend ersucht.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Hiefen. Wie ich soeben erfahre, habe ich die Adresse Wendt's unrichtig angegeben. Sie ist: A. Wendt, Neue Köpcke 1, II, Berlin.

Mit sozialdemokratischem Gruß B. Kierz.
Bremen, 23. April. A: alle Schneider Deutschlands! Da wir im vorigen Herbst von der Innung (Arbeitgeber) mit den Arbeitskarten beglückt worden sind, und des schlechten Geschäftsganges wegen auch dieselben bislang nicht loswerden konnten, so ist im hiesigen Schneiderverein beschlossen worden, da das Geschäft jetzt besser geht, vor allen Dingen dahin zu streben, unsere gezwungene Freiheit wieder zu erlangen, denn wir erachten es eines freien Mannes unwürdig, sich durch Karten kontrollieren zu lassen, wie man prostituierte Dirnen kontrolliert. Auf die Anfrage des Vereins an die Innung, ob letztere die Karten fallen lassen wolle, hat dieselbe erklärt: sie würde unbedingt die Karten beibehalten. Darauf ist im Verein mit großer Majorität beschlossen worden, die Arbeit am 31. v. M. einzustellen, welches auch geschehen ist. Wir ersuchen deshalb alle Kollegen, den Zutritt nach hier möglichst fernzuhalten. Obgleich noch in einigen Geschäften gearbeitet wird, die nicht der Innung angehören, so beläuft sich doch die Zahl der Feiernden noch auf über 300 Personen. Wir richten deshalb die Bitte an Euch, uns nach Kräften zu unterstützen, da viele Verheiratete unter uns sind, die in sehr bedürftigen Verhältnissen leben, weil kein vorräthig Geld vorhanden ist in Folge des schlechten Geschäftsganges im verflossenen Winter. Bedenkt, daß wir für Euch mitkämpfen; und gewinnen wir, so habt Ihr mitgewonnen, denn den Kartenkampf, den wir hier haben, ist nicht lokaler Natur, sondern er geht von dem Arbeitgebersbunde aus, der sich über ganz Deutschland erstreckt. Darum nochmals, Kollegen, steht uns zur Seite. Alle für Einen und Einer für Alle!

Unterstützungen wolle man an unsern Ortskassierer Herrn Aug. Post, Bagstr. Nr. 1, senden.

Im Auftrage des Strik-Comité zeichnet mit Brudergruß Friedr. Fellermann.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Augsburg, 20. April. In der am 19. ds. abgehaltenen gut besuchten Gewerkschaftsversammlung wurde der Hamburger Artikel „zur Einigung auf gewerkschaftlichen Gebiete“ sowie die Entzogenheit der Vorortverwaltung der Schuhmachergewerkschaft* besprochen und der Unterzeichnete beauftragt, die Ansichten der hiesigen Gewerkschaftsmitglieder in dieser Sache im „Volksstaat“ kund zu geben.

Wir haben nicht im Sinne, die Spalten des Parteiorgans ungenutzt in Anspruch zu nehmen, allein aus der Randgebung unserer Offenbacher Kollegen in Nr. 44 des „Volksstaat“, könnte gefolgert werden, als sei die Vorortverwaltung gegen die Einigungsbestrebungen, und hätte durch die Einberufung des Schuhmachertongresses die Einigung auf gewerkschaftlichem Boden hintertreiben wollen.

Vor Allem ist festzustellen, daß der Schuhmacher-Congress schon angefangen war, ehe man von einer Gewerkschaftskontrolle etwas wußte; weiter ist aus der Erklärung der Vorortverwaltung, sowie auch aus der Anmerkung der Red. des „Volksstaat“ hierzu ersichtlich, daß der Vorsitzende der Schuhmachergewerkschaft von dem Zusammentritt der betreffenden Konferenz nicht voraus unterrichtet war. Dithin kann von einem einseitigen Vorgehen der Schuhmacher nicht gesprochen werden. Daß das Vorgehen augenblicklich störend wirkt, geben wir zu, bemerken aber dabei, daß, wenn es den Einberufern der betreffenden Konferenz nicht möglich war, den Vorsitzenden der Schuhmacher beizuziehen, man demselben auch keinen Vorwurf daraus machen kann, wenn er im Interesse der Gewerkschaft selbständig vorgeht, wie es in diesem Falle seine Pflicht war.

Im großen Ganzen legen wir dieser Differenz keine Bedeutung bei, da wir überzeugt sind, daß die Schuhmachergewerkschaft, die schon jetzt, außer den Buchdruckern, Cigarrenarbeitern und Goldschmieden, die bestorganisierte und stärkste Gewerkschaft ist und durch die sich voraussichtlich auf diesem Congresse vollziehende Vereinigung mit den Mitgliedern des ehemaligen Schuhmachervereins noch an Macht und Bedeutung gewinnen muß, jederzeit die Hand zur Vereinigung aller Gewerkschaften bieten wird. Wir halten es aber auch für notwendig, daß jede Gewerkschaft möglichst kräftig und mit guter Verwaltung in diesen Gewerkschaftsbund eintritt, und das wollen die Schuhmacher.

Der Weg, den die Vorortverwaltung eingeschlagen, ist nach unserer Ansicht der richtige, deshalb vorwärts! Auch die Augsburger werden auf dem Congreß vertreten sein.

Mit Gruß I. Endres.
Gotha. Folgende Anträge sind bis jetzt zu unsrer Generalversammlung:

Präuz: 1) Den § 3 der Gewerkschaftstatuten folgendermaßen zu ändern: Mitglied kann jeder Arbeiter obengenannter Gewerbe, ohne Unterschied der jeweiligen Berrichtung, werden, welcher das 50. Lebensjahr noch nicht überschritten hat. 2) § 6 Punkt a statt 1 Monat 6 Wochen zu setzen.

Die Mitgliedschaft zu Cassel stellt folgende Anträge: 1) Der Aufsichtsrath und Verwaltungsrath wird durch die Generalversammlung vorgeschlagen und durch geheime Abstimmung der gesamten Mitgliedschaft gewählt. 2) Den § 9 des Krankenkassenstatuts folgende Fassung zu geben: Die Mitglieder erhalten Unterstützung, nachdem sie 2 Monate beigesteuert haben. 3) Wenn eine Vereinigung der beiden Fraktionen der deutschen Schuhmacher nicht stattdessen sollte (?), dahin zu streben, daß an den Orten, wo eine Partei besteht oder im Entstehen begriffen ist, von der andern Partei keine Hindernisse in den Weg gelegt werden.

Frankfurt a/M. In Erwägung, daß einzelne Städte, in welchen die Gewerkschaft dominant, viel stärker mit der Auszahlung von Reiseunterstützung in Anspruch genommen werden als verschiedene andere, und daß dadurch die Gewerkschaften in den erstgenannten Städten mit ihren lokalen Verhältnissen in bedeutendem Nachtheil sind, so beantragen die Mitglieder zu Frankfurt a/M.: Der Congreß resp. die Generalversammlung wolle dahin wirken, eine Ausgleichung der verschiedenen Städte betreffend der Reiseunterstützung zu Stande zu bringen und zwar so, indem ein

höherer Beitrag an die Hauptkasse einzuführen ist, und diese dann die Unterstützung zu tragen hätte.

Leipzig: 1) Zu § 6 des Krankenkassenstatuts: Diejenigen Militärpersonen, welche aus einem Kriege zurückkehren, haben unter einem halben Jahre keinen Anspruch auf Unterstützung. 2) Zu § 8: Jedes Krankenkassenmitglied ist berechtigt in alle drei Steuerklassen einzutreten. 3) Zu § 9: Die 3 Monate auf 2 zu reduzieren.

Kirchheim: Den § 21 des Gewerkschaftstatuts abzuändern wie folgt: Alle 2 Jahre findet eine Generalversammlung statt, doch kann der Verwaltungsrath in Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrath auch innerhalb dieser Frist eine Generalversammlung einberufen. Jeder Ort hat die Pflicht u. s. w. — Zu § 2 des Krankenkassenstatuts: Statt 50. Lebensjahr 60. Lebensjahr zu setzen.

Der Unterzeichnete beantragt folgenden Zusatz zu § 7 der Geschäfts- und Kassenordnung des Gewerkschaftstatuts: Doch darf kein Geld zu anderen Zwecken als für die Gewerkschaft verwendet werden. Zu § 4 Schlusssatz: Doch soll der Monatsbeitrag nicht unter 30 Pf. betragen, wovon nach Abzug sämtlicher Ortsausgaben 2/3 des vorhandenen Kassenbestandes an die Hauptkasse zu entrichten ist. § 18 der Krankenkasse dahin abzuändern, daß statt 20 Pf. 40 Pf. an die Hauptkasse zu senden sind. Zu § 22 den Schlusssatz: Dieser § findet volle Anwendung auch bei den Ortskassen, soll es nicht Centralstelle der Gewerkschaft heißen: Hauptkasse. Ausgeschlossen oder freiwillig auscheidende Mitglieder haben keinen Anspruch auf den vorhandenen Kassenbestand. Zu § 4 der Geschäfts- und Kassenordnung folgenden Zusatz: Orte, welche Zuschuß von der Hauptkasse verlangen, haben dies durch den Bevollmächtigten, Kassierer und 2 Revisoren, unter genauer Angabe der örtlichen Verhältnisse der Verwaltung, anzuzeigen.*

Der Bevollmächtigte in Kaufbeuren wohnt bei Herrn Hafner Unterer Berg 235 und bittet derselbe alle Schriftstücke und Zusendungen nur an ihn zu senden und erinnere nochmals, daß Weißler aus der Gewerkschaft ausgeschlossen ist. In Nürnberg befindet sich der Arbeitsnachweis im „Blauen Pfau“, Montags und Dienstags von 10-12 Uhr, die übrigen Tage in der Behausung des Herrn Ries, Weißergasse in der Wirthschaft zum Hallerthor.

W. Bod.

Aufruf an die deutschen Bäckergehilfen!

Zum zweiten Male erlassen wir nun den Ruf an Euch, deutsche Brüder, damit Ihr Euch aufrufft, um mit uns vereint unsere überall sehr traurige Lage zu verbessern, damit wir nicht immer den andern Gewerken nachsehen, sondern endlich wieder die Stelle einnehmen, welche uns gebührt.

Oder geht es Euch wirklich so gut, daß Ihr zufrieden seid? Wir sagen, Nein! Denn auch wir haben uns Erfahrungen während unserer Wanderschaft gesammelt und fast überall gefunden, daß wir von allen Gewerken am schlechtesten dastehen, ausgenommen die schlechtesten Weber.

Das kann, das darf nicht so bleiben! Also, Brüder! Schaaret Euch zusammen aller Orten und besprecht und überlegt unsere Worte, und wenn Ihr findet, daß dieselben wahr sind, schließt Euch an Eure Berliner Kollegen an, welche den Kampf für unser Aller Menschenwürde aufgenommen haben.

Kollegen! Habt Ihr vielleicht noch nicht gehört, was der Congreß deutscher Bäckermeister im Oktober vorigen Jahres beschlossen hat? Durch Controlblätter und andere mittelalterliche Sachen wollen die Herren uns beglücken! Damit es nicht so weit kommt, haben wir den deutschen Bäckerverein, welcher alle Kollegen Deutschlands unter einen Hut bringen soll, gegründet, womit wir die Anschläge jener Herren zurechtweisen können und werden, wenn Ihr mit uns vereint seid.

Um dieses Ziel so rasch wie möglich zu erreichen und unsere Vereinsstatuten den Wünschen aller Brüder möglichst anzupassen, berufen wir hierdurch einen Congreß der Bäckergehilfen Deutschlands nach Berlin am

Sonntag, 23. Mai 1875, Nachmittags präc. 2 Uhr, im großen Lokale Sophienstraße Nr. 15.

Schon haben auf meine erste briefliche Anfrage die Städte Frankfurt a. M., Karlsruhe, Magdeburg und Stettin beschlossen, den Congreß zu beschicken; Bremen will am 7. April Beschlüsse fassen; folgt diesen Beispielen, dann wird die segensreiche Frucht nicht ausbleiben.

Wenn es den entfernteren und kleineren Städten nicht möglich ist, allein einen Delegirten zu senden, so mögen zwei oder mehrere sich zusammen thun, oder sich durch andere Städte mit vertreten lassen. Jeder Delegirte hat ein Mandat für die Städte, welche er zu vertreten hat, als Legitimation mitzubringen. In demselben muß angegeben sein, wie viel Kollegen derselbe zu vertreten hat, und muß der Vorstand der Versammlung, in welcher derselbe gewählt ist, unterschrieben sein.

Sollte nähere mündliche Auskunft gewünscht werden, so bitte ich, dies so rasch wie möglich, spätestens aber bis zum 10. April wissen zu lassen, damit ich nöthigenfalls noch eine geregelte Agitationsreise unternehmen kann, dann kommt es den einzelnen Städten nicht so theuer.

Alle Anzeigen in dieser Angelegenheit sind an meine Adresse, Ernst Pfeiffer, per Adr. A. Merkel, Burgstraße 6, zu richten, daselbst mögen auch die Delegirten bei der Ankunft sich hinwenden, und wollen die Herren Delegirten gefälligst ihre Ankunft auf den hiesigen Bahnhöfen an den Vorstehenden E. Pfeiffer melden und als Erkennungszeichen eine rote Schleife im Knopfloche befestigen, andernfalls sich nach der Restauration, Burgstraße 6, bemühen. Diejenigen Delegirten, welche Freiquartier wünschen, werden gebeten, sich spätestens bis zum 10. Mai anzumelden.

NB. Diesen Aufruf bitten wir auf der Herberge auszuhängen, überhaupt ihm die weiteste Verbreitung zu geben. Sollte irgend ein A. Gehe die Sache nicht in die Hand nehmen wollen oder können, so bitten wir, diesen Aufruf einem andern Kameraden, welcher mehr Interesse für die gemeinsame Sache zeigt, zu übergeben. Auch wäre es angemessen, wenn die großen Städte in ihrer Umgegend für diese Angelegenheit agitieren würden.

Berlin. Im Auftrage des deutschen Bäckervereins.
E. Pfeiffer, Vorsitzender.

Correspondenzen.

Paris, 12. April. (Verspätet.) Ihr, lieben Parteigenossen, seid bereits von dem Tode eines der ältesten deutschen Sozialisten unseres Moritz Heß, durch die Parteipresse benachrichtigt worden und ich habe wohl nicht nöthig zu sagen, daß Moritz Heß seiner selbst und der Sozialdemokratie würdig sein Leben abgeschlossen

hat. Mit erstaunlicher Klarheit, die ihm bis zum letzten Augenblick nicht verließ, sprach er auf seinem Todtenbett von der Sache, welcher er sein ganzes Leben gewidmet und hütete mit unbeschreiblicher Theilnahme, was ich ihm über die neuesten politischen Ereignisse aus dem „Volksstaat“ und „Neuen Sozialdemokrat“ vorlas. Ueber seine kranken Gesichtszüge flog ein heiteres Lächeln, als ich ihm das Vereinigungsprogramm der beiden Arbeiterfraktionen vorlas. „Ja“, sagte er darauf, ich habe freilich nicht das Ziel meiner Wünsche erlebt, aber ich weiß jetzt, daß sich die Sozialdemokratie in Deutschland eine unzerstörbare Macht, eine Macht, die sich bald Anerkennung und Verwirklichung verschaffen wird, errungen hat.“

Am 6. April selb 5 Uhr starb er, am folgenden Tag versammelten sich Nachmittags 3 Uhr seine französischen Freunde und wir deutschen Sozialisten in der Wohnung des todtten Pioniers, um ihm das Geleit nach dem Nord-Bahnhof zu geben, von wo seinem Wunsche gemäß die Leiche durch den aus Köln hier eingetroffenen Refren nach Köln übergeführt werden sollte, um in dem Familiengrab beigesetzt zu werden.

Am Sarg nahm zuerst das Wort Herr Faubert, Redakteur einer philosophischen Zeitschrift, und schilderte mit erhebenden Worten das Leben, welches Fürsten, Pfaffen und Bourgeois geschaffen, und das Heß sein Leben lang bekämpft habe. Er hob hervor, wie Heß den kosmopolitischen Standpunkt eingenommen, und führte aus, wie glücklich die Menschen leben könnten, wenn der Nationalitätsschlag verschwinde, den nur die Niedertracht erhalte und schütze.

Karl Hirsch schilderte darauf in französischer Sprache das politische und literarische Wirken des Todten und legte am Schlusse seiner Rede einen Strauß rother Blumen auf den Sarg mit den Worten: „Noch ist die Liebe, der Bruderliebe die menschliche Gesellschaft zuzuführen war sein Bestreben, möge nun auch sein Sarg mit diesem Symbol geschmückt werden; die trauernde deutsche Sozialdemokratie legt hiermit durch meine Hand diesen Strauß nieder, um dem Dahingegangenen ihre Achtung, ihre Dankbarkeit, ihre Liebe auszudrücken.“ In deutscher Sprache sprach als letzter Redner Paul Kerker: „Wie mein Freund Hirsch, so halte auch ich es für meine Pflicht, am Sarg des großen Todten dem Gefühl der Trauer Ausdruck zu geben, der Trauer, die hunderttausende deutsche Arbeiter mit uns empfinden werden, wenn die Nachricht vom Tode dieses Mannes Deutschland durchheilt. So sehr aber sein Tod uns schmerzt, er ist uns zugleich auch ein Sieg, weil dieser Denker starb, wie er lebte, treu der Sache des arbeitenden, leidenden Volks, der Menschheit — sein letzter Gedanke drehte sich um die Sonne der Arbeit. Frankreich hatte ein Pantheon, in welches Männer, die sich um die Menschheit verdient gemacht, beigesetzt wurden. Säbel und Katze liegen solche Schöpfungen in Deutschland nicht entstehen, und selbst wenn wir ein Pantheon hätten, würde unsern Freund von der jetzt herrschenden Klasse ein Platz darin verweigert werden. Dafür aber ist er eingeschlossen in die Herzen des deutschen Proletariats, in die Herzen, die so warm für ihre Verteidiger schlagen, und einst, wenn das Ziel seiner Wünsche erreicht, wird man auch den Helben der sozialen Revolution eine Ruhmhalle weihen, in welcher ehrend und anerkennend ihrer gedacht wird.“

Obgleich in der Klasse der Unterdrückten geboren, zog Heß es vor, seine bedeutende Geisteskraft den Armen und Elenden zu widmen, jezt er es vor, denen ihre Rechte zu verschaffen, die er zu seinem Vortheil hätte ausbeuten können.

Seine Thätigkeit ist gedacht worden, er wirkte für das Volk und wurde verfolgt. Seine Lebensgeschichte zu erzählen, ist hier nicht der Ort. Genug, weil er die Schlange der Niedertracht, der Beerdummung, der Unterdrückung den Kopf zu zertreten bemüht war, mußte er ruhelos flüchten von Land zu Land, und er ist gestorben in fremder Erde. Wenn ich all des Unrechts, all der Schicksale gedenke, die an ihm bezugten worden, dann verwandelt sich die Trauergedanken in Gedanken der Rache.

Nicht lachende Leben, — trauernde Freunde standen an seinem Todtenbette; keine Krollblüthen ward hier geweiht.

Und nun lebe wohl, Freund! Was du gewollt, wir werden es verwirklichen. Deine Schriften, dein Handeln sichern dir ein ewiges Gedächtniß. Du Sohn und Commentator der Revolution, dein Schwert legen wir dir auf den Sarg; nein! nur die Blumen der Natur, aus welcher du geschöpft und uns getränkt, an welche allein du geglaubt hast, und der wir jetzt zurückgeben, was von dir sterblich ist. Du hast dich unsterblich gemacht in Tausenden von Herzen; auferstehen wirst du, so oft ein hilfessuchender Proletarier zu deinen Ideen flüchtet, denen du durch Wort und That Leben verliehen hast!

Auch Ihnen, werthe Frau Heß (sich zu ihr wendend), Ihnen, der Tochter des Proletariats, sei unser Dank gebracht für die unserm geliebten Todten treugerechtere Pflege in seinen Leiden. — Sie theilten seine Freuden und sein Weh, die Liebe der Armen und Elenden, die ihn bis ins Grab begleitet, ist auch Ihre Erbschaft. — „Moritz Heß!“ dein Andenken soll uns heilig sein! Die Sozialdemokratie wird dich ewig als den Ihrigen reklamieren.“

Frau Heß dankte schmerzlich bewegt. Sie sagte: „Ich bin stolz darauf, dieses Mannes Frau gewesen zu sein. Nie habe ich durch ihn eine traurige Stunde gehabt, keine Königin, keine Fürstin kann diesen Stolz mit mir theilen.“

Hierauf bewegte sich der Zug dem Nordbahnhofe zu, und nie werde ich den fast unbeschreiblich rührenden Eindruck vergessen, den die anwesenden alten, im Dienste der Revolution ergrauten Polen auf mich machten. Die Polen sind überall am Plage, wo es gilt, der Revolution oder deren Söhnen ihre Sympathien zu bezugnen.

Die Pariser Journale, die von dem Tode unseres Freundes sofort Notiz nahmen, schwiegen sämtlich über die erhebende Feierlichkeit. Selbst die „Republique française“ hat nichts berichtet, und es ist daher ein Irrthum des „N. Sozialdemokrat“ in Berlin, wenn er mittheilt, es habe in dem erwähnten Journal ein Bericht gestanden. Die Bourgeoispresse beschwört wohl, aber sie ehrt nie die Todten, welche für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kämpften und wären sie noch so erhaben.

Heß, Parteigenossen, mußte sich sein Vaterland wie den Staub von den Schuhsohlen abstreifen, die Gewalthaber vertrieben ihn aus der Heimath; in fremdem Lande mußte er leben, möge der todt Heß im Vaterlande wohnen, wohnen im Herzen des deutschen Proletariats!

Leipzig. Der „Gewerkverein“ des Dr. Max Hirsch ist erbst über den Vorwurf der „geistlichen Liebedienerei“ nach „Oben“, welchen wir den Spizzen der deutschen Gewerkschaften anlässlich des 3. ordentlichen Verbandstages machten. Nachdem der „Gewerkverein“, um das Maß der Blamaze voll zu machen, Stand und Namen der Ehrengäste veröffentlicht, welche den Verbandstag mit ihrer Gegenwart „bedeyten“, sowie derjenigen, welche sich entschuldigend hatten, läßt er seinem Zorn die Jägel schwingen und belfert folgendermaßen:

* Eine Depil auf Bod's Einigung vom Verfasser des ersten Artikels ist uns zugegangen, wurde aber vom Verfasser selbst, im Interesse der Einigung und Einigkeit zurückgezogen.

* Wir ersuchen die Delegirten, den „Volksstaat“ mit obigen und noch folgenden Anträgen mit zur Generalversammlung zu bringen, damit uns der Druck erspart wird.

An diesem einfachen, allein schon von der Höflichkeit gebotenen Akt, eingeladene Personen willkommen zu heißen, wird sicherlich Niemand, der sich sonst unter gefestigten Menschen bewegt, etwas einzuwenden haben. Nur solche unzulässige Subjekte, in denen durch die ewigen Hegerieien und Schimpereien auf Anderbenende jedes Anstandgefühl erloschen und denen deshalb Knigge's Umgang mit Menschen nicht genug empfohlen werden kann, — nur Subjekte vom Schlage der „Vollstaats“-Schreiber können darin „geistliche Liebedienerei“ erblicken.

Dass es die „Höflichkeit“ erfordert, eingeladene Personen willkommen zu heißen, braucht nur ein Nüppel aus Knigge zu lernen. Darum handelt es sich aber gar nicht. Nicht in der Begrüßung — denn wer A sagt muß auch B sagen —, in der Einladung schon liegt die „geistliche Liebedienerei“, und vollends gar, wenn man bedenkt, daß die eingeladenen Ehrengäste aus allen Richtungen der politischen Windrose zusammengeströmt waren. Ist das „herzliche Willkommen“ etwa nicht „geistliche Liebedienerei“ angesichts der Thatsache, daß der Advokat und „radikale“ Stadtverordnete Franke in seiner Begrüßungsrede im Hinblick auf die Anwesenheit der Ehrengäste v. Burgsdorf, Georgi und Wolf das geringe Umschreiben der Gewerkevereine in Sachsen „gewissen Kreisen“ zur Last legte, weil diese die Gewerkevereine in ihrem Wirken nicht unterstützten? Und war es nicht erst recht „geistliche Liebedienerei“, wenn allen möglichen Direktoren, Professoren, Doktoren und Räten ein „herzliches Willkommen“ zugerufen wurde, dagegen die nicht eingeladenen aber doch erschienenen Arbeiter wie verlorener Ballast unbeachtet blieben?

Wahrhaftig, Ihre „Spitzen“ der Gewerkevereine, die Ihr selber Eurer Harmonielehre so wenig ideale Kraft zutraut, daß Ihr Euch auf fremde Hilfe stützen müßt, wahrhaftig, es sündete Euch besser an, wenn sich Eure Wangen ob der Anklage mit Scham, statt mit Bornedürste, die doch nur ehrend ist, bedeckten!

Seiden, 21. April. Sonnabend, den 10. v. M., fand hier eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: „Der wahre und der falsche Sozialismus“. Referent war Herr Wiemer aus Chemnitz. Derselbe führte aus, wie erst im Laufe der Zeit das Streben der Sozialisten immer mehr eine bestimmte klare Form annahm, und ging sodann weiter näher auf das Wesen des Sozialismus ein, darauf hinweisend, daß unsere Gegner, bald bewußt, bald unbewußt, dem Volke die Wahrheit über unsere Ziele vorenthalten, und daß somit der Sozialismus oft in einer Gestalt gezeigt werde, welche Viele zu rückschrecke und mit Abscheu erfüllte. Daraus ganz besonders rechneten die bewußten Gegner. Es sei also seine Aufgabe, den Sozialismus in seiner wahren Gestalt und dessen wirkliche Ziele dem Volke vorzuführen, was auch Herrn Wiemer zur größten Zufriedenheit der Anwesenden gelang. Da auf zweimalige Aufforderung an Gegner und Freunde, das Wort zu ergreifen, sich Niemand meldete, wurde nach einem kräftigen Schlagworte, in welchem Redner zur Organisation und zum Wesen unserer Parteiblätter aufforderte, die Versammlung geschlossen.

J. A.: Friedrich Weißbrod, Vertrauensmann.

Stenn bei Zwickau. Vor etlichen Wochen hielten wir hier im Uhlmann'schen Gasthose eine gut besuchte Volksversammlung ab, in welcher Fischer aus Zwickau den Vorsitz führte. Das Referat hatte Hofmann aus Zwickau übernommen, und sprach derselbe ausführlich über die Thätigkeit des Reichstags. Referent erwähnte, daß der Reichstagsabgeordnete Motteler 1873 im selben Locale in einer Versammlung gesprochen habe; aber vor der Reichstagswahl, wo man sich große Mühe gegeben habe, eine Versammlung abzuhalten, wäre es nicht möglich gewesen, einen Saal zu bekommen, weil man von gegnerischer Seite die Wirthe bestinnte habe. Redner ging dann näher auf die Thätigkeit des Reichstags und die Theilnahme ein, welche die sozialistischen Abgeordneten an dessen „Arbeit“ hätten nehmen können; er wußte auch hier gebührend das Streben der Majorität des Reichstags zu würdigen, unsere Abgeordneten durch die üblichen Schlußanträge mundtot zu machen. Die Versammlung nahm den besten Verlauf, und meldete sich, trotz wiederholter Aufforderung Seitens des Vorsitzenden kein Gegner zum Worte. Der Vorsitzende brachte schließlich folgende Resolution zur Abstimmung: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten vollständig einverstanden, und wünscht mit Einzeichnung in die Parteilisten unverzüglich vorzugehen.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Großer Beifall wurde auch Berger aus Zwickau zu Theil, welcher zum Eintritt in die Partei aufforderte und die Folgen des Indifferentismus klarlegte. Nachdem noch Hofmann sich in gleichem Sinne ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen. Nach der Versammlung zeigten sich 16 Mann in die Partei ein. Für Constituirung der Mitgliedschaft ist Sorge getragen. Auch in Reindorf b. Zwickau ist mit Grüdigung einer Mitgliedschaft vorgegangen, und wird in nächster Zeit Näheres berichtet.

Breslau. Bleikolik. Untern 17. März reichte ich an das hiesige lgl. Polizeipräsidium die unten folgende Eingabe ein. Ich fühle mich zu diesem Schritte im Interesse der beteiligten Arbeiter verpflichtet, und ich gab mich der Hoffnung hin, daß das Polizeipräsidium schleunigst Schritte zur Abstellung der von mir gemachten Uebelstände um so eher thun würde, als der Polizei bezüglich die sanitäts-polizeiliche Controlle obliegt. Leider habe ich mich in meinen Erwartungen getäuscht. Da aber Leben und Gesundheit vieler Arbeiter in Betracht kommt, so beschloß ich, durch den moralischen Druck der Presse das mir vorgesezte Ziel zu erreichen. Aber auch hier stieß ich auf Hindernisse: die sich demokratisch nennende „Neue Breslauer Morgenzeitung“ weigerte sich, meine Eingabe zu veröffentlichen. Und so bleibt mir denn nichts anderes übrig, als auf dem Umwege über Leipzig, das hiesige Polizeipräsidium an seine Pflichten zu erinnern. Die Eingabe lautet:

An das lgl. Polizei-Präsidium zu Breslau.

Seit dem 10. Februar 1874 bin ich in der Strohhutfabrik des Herrn Louis Burgfeld, Büschelplatz 9, als Formtischler beschäftigt. Von jenem Zeitpunkte bis zu Weihnachten sind meines Wissens keine Erkrankungen in genannter Fabrik vorgefallen; aber seit Weihnachten hat die Bleikolik eine so große Anzahl Burgfeld'scher Arbeiter, darunter auch mich, befallen, daß ich mich im Interesse des Gemeinwohl's gezwungen sehe, einem lgl. Polizeipräsidium, als oberster Sanitätspolizei-behörde hiesiger Stadt, mit der Bitte um schleunige und gründliche Abhilfe ergebenst Anzeige zu erstatten.

Das Thatsächliche ist folgendes:

Nach Weihnachten erkrankten an der Bleikolik die Arbeiter Ed. Fröhlich (Bergstr.) und Ed. Heisig (Alte Kirchstr. 10). Ersterer wurde von Herrn Dr. Eger jr., letzterer im städtischen Hospital behandelt. Ersterer kam nach ungefähr 3 Wochen in die Fabrik, bekam aber nach 2 Tagen einen Rückfall und mußte ebenfalls ins städtische Hospital. Ich, Endunterzeichneter, trankte von Weihnachten bis zum 8. Januar und hatte von da an bis

zum 18. Januar die Bleikolik in sehr hohem Grade; behandelt wurde ich von Herrn Dr. Hepner, Weidenstr. 2.

Außer uns genannten Dreien erkrankten sodann noch die Arbeiter Latte, Kunert, und Werkführer Schmital, welche alle drei vom Sanitätsrath Dr. Eger behandelt wurden, und der Arbeiter Geboret, welcher in der Behandlung des Herrn Dr. Heymann (Friedrich-Wilhelmstr.) stand. Noch andere, die erkrankten, kann ich erst später mit Namen und Wohnung genau benennen.

Die Ursache der plötzlichen Erkrankungen liegt in den schädlichen Stoffen, die zum Berarbeiten gebraucht werden: — Crem-niger Weiß und andere Weisfe, z. B. Glanzweiß mit Opium und Bleizucker gemengt — und in dem absoluten Mangel aller Schutzvorrichtungen, als da sind Respiratoren, Schutzbrillen, besondere Anzüge in der Büchsenfabrik, genügende Ventilation u. dergl. mehr. Zwar sind einmal Vertreter der königl. Polizeibehörde in den Fabrikräumen gewesen, dieselben gingen aber mit dem Ausspruch: Es riecht ja nicht! — als ob Gifte nothwendig zu riechen brauchten! — weg, ohne (meines Wissens!) die Arbeiter über die Lage der Dinge zu vernehmen oder Anordnungen zu treffen, durch welche dem Uebel gesteuert würde.

Auch ist einmal der Herr Medizinalrath des städt. Hospitals zur Untersuchung dagewesen, aber ebenfalls ohne wesentliche Verbesserungen zu veranlassen. Dem Herrn Medizinalrath wurden die Ledersäcken und Schwämme — die als „Respiratoren“ dienen — vorgezeigt; jene quasi-Respiratoren wurden aber schon nach einigen Tagen absolut unbrauchbar und nutzlos. Wirkliche Respiratoren anzuschaffen, scheint Herrn Burgfeld zu kostspielig zu sein. Auch die Ventilation in der Fabrik ist derart, daß man, wenn man sie benutzen will, sich gesundheitsgefährlichem Luftzug aussetzt.

Eine Untersuchung der Stoffe seitens des Stadtphysikus Herrn Dr. Hirt hat meines Wissens noch nicht stattgefunden, obgleich mein Arzt, Herr Dr. Hepner, mir versichert hat, daß er seinem Revierkommissarius die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige erstattet habe.

Daß in andern Strohhutfabriken die Bleikolik nicht so grassirt und auch früher in der Burgfeld'schen nicht so grassirt, kommt daher, daß Herr Burgfeld früher — gleich den anderen Fabrikanten — bessere (aber auch theurere) Stoffe verwandte, nun aber die billigen aber schädlichen anwendet. Schließlich bemerke ich noch, daß Herr Burgfeld die Arbeiter, sobald sie erkranken, aus der Arbeit entläßt und sich neue anschafft, die er ebenfalls nur so lange behält, als sie gesund bleiben, und daß er mir am 18. Januar, als ich, von der Krankheit theilweis genesen, die Arbeit wieder aufnahm, mit Entlassung drohte, falls ich irgendwie bekannt machte, daß er gesundheitsgefährliche Stoffe verarbeitet, — eine Drohung, deren Sträflichkeit ich dem lgl. Polizeipräsidium nicht erst klar zu machen brauche, und weshalb ich mit dieser Anzeige den ergebenen Antrag verbinde, das lgl. Polizeipräsidium wolle bei der lgl. Staatsanwaltschaft den Antrag auf strafrechtliche Verfolgung des Herrn Louis Burgfeld wegen widerrechtlicher Bedrohung durchsetzen. Herr Burgfeld hatte wohl das Recht, mich (ohne Angabe von Gründen) aus der Arbeit zu entlassen (unter gleichzeitiger Kündigung), nicht aber mir mit einem Nachtheile zu drohen, falls ich die Zustände seiner Fabrik publik machte. Und daß Herr Burgfeld nicht bona, sondern mala fide gehandelt hat, geht schon daraus hervor, daß er am 18. Januar bereits gewußt hat, daß die Arbeiter Heilig und Fröhlich ebenfalls die Bleikolik hatten.

Beiläufig hat Herr Burgfeld seine Drohung an mir wahr gemacht; am 27. Februar kündigte er mir; ebenso wurde gekündigt: Fröhlich, Latte (Kunert ist zum zweitenmal tödtlich krank. Heilig war nun zum drittenmal krank und soll sogar auch geistesgestört geworden sein. Nach heutiger ärztlicher Bescheinigung des Herrn Dr. Großmann ist Heilig heute früh 10 Uhr an der Bleikolik gestorben.

Ich stelle daher zum Schluß den ergebenen Antrag 1) bei der lgl. Staatsanwaltschaft strafrechtliche Verfolgung des Herrn Louis Burgfeld wegen andauernder Gefährdung von Menschenleben und wegen widerrechtlicher Bedrohung zu erwirken. 2) die sämtlichen von mir genannten und noch zu nennenden erkrankten Arbeiter der Burgfeld'schen Fabrik: Ed. Fröhlich, Herrn. Rebel, Latte, Geboret, Schmital, Kunert, über das von mir Borgebrachte zu vernehmen. 3) Die sämtlichen von mir genannten Aerzte: die Herrn vom städtischen Hospital, sowie die Herren Dr. Sanitätsrath Eger, Hepner-Weidenstr. 2), Eger jr., Heymann (Friedrich-Wilhelmstr.) und Großmann, auf ihren Pflichten zu vernehmen. 4) Nach Befinden der Wahrheit des von mir Borgebrachten Herrn Louis Burgfeld nach dem Gesetze wirksam zu bestrafen und ihn zur Abstellung der gemachten Uebel schleunigst zwangsweise anzuhalten.

Hochachtungsvoll ergeht

Herrmann Rebel, Tischler, Reyerberg 30 II.

Breslau, den 17. März 1875.

Düsseldorf, 20. April. Am 18. März hielten die hiesigen Sozialdemokraten beider Fraktionen gemeinschaftlich eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: Grüdigung eines sozialdemokratischen Arbeitervereins. — Da die Nothwendigkeit einer Organisation der Sozialdemokraten Düsseldorf's von den Anwesenden allseitig anerkannt wurde, beschloß die Versammlung, die Verabreichung der Statuten sofort vorzunehmen. — Als Grundlage diente das Statut des Arbeiter-Wahlvereins zu Hannover, welches mit einigen Abänderungen auch angenommen wurde. — Die definitive Constituirung des Vereins fand in einer, Sonnabend, den 17. April abgehaltenen Versammlung statt. Da sich die Einigung beider Fraktionen der Sozialdemokratie hier in Düsseldorf bereits thatsächlich vollzogen hat, so wurde der Vorstand des Vereins aus früheren Mitgliedern beider Fraktionen gewählt.

Wohlan denn, Parteigenossen Düsseldorf's, vorwärts, mit vereinten Kräften. Dies sei jetzt unsere Parole. Zeigen auch wir unseren Gegnern, daß sich die Sozialdemokratie in Deutschland nicht im Rückzuge befindet, sondern allen Verfolgungen und Unterdrückungen zum Trotz, immer mehr an Ausbreitung gewinnt.

J. A.: Franz Eysner.

Altona. (Schuhmacherversammlung.) Dienstag, den 6. April, hielten wir in Coppelmanns Salon eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Die Corporativbewegung und die Vereinigung sämtlicher Schuhmacher Deutschlands. Referenten waren die Herren Hartmann und Auer aus Hamburg. Beide sprachen in gediegener Weise und betonten, daß eine Einigung sämtlicher Arbeiter des Gewerkes sehr nothwendig sei. Beide Redner ernieten am Schluß großen Beifall. Nachdem noch mehrere Sprecher sich an der Debatte betheiligte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute Versammelten erklären sich vollständig mit den Ausführungen der beiden Referenten einverstanden und wollen mit allen Kräften dahin wirken, daß eine Einigung sämtlicher Schuhmacher Deutschlands erzielt werde. Vorläufig wollen wir aber Mitglieder des Altonaer

Schuhmachervereins werden.“ Der letzteren Aufforderung kamen viele Kollegen nach. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete eine Annonce der „Altonaer Nachrichten“ also lautet: „Das Arbeitsnachweisungsbureau der Schuhmacher befindet sich im Ritter St. Georg. Der Bevollmächtigte Hermann Grasshoff.“ Herr Grasshoff wurde gefragt, wie er dazu käme, eine solche Annonce einzulassen. Er erklärte, daß Herr Kothe, der Wirth vom Ritter St. Georg, seinen Namen eigenmächtig unter die Annonce gesetzt habe. Er (Grasshoff) sei jetzt Mitglied des Schuhmachervereins und werde somit alle Opposition fahren lassen. Hierauf wurde einstimmig beschlossen, einen Bericht der Versammlung im „Neuen Social-Demokrat“, „Vollstaat“ und „Weker“ zu veröffentlichen, und die Kollegen aufzufordern, daß sie nur auf unsere Herberge, Christianstr. Nr. 8, zuweisen. In dieser Versammlung wurde und zum ersten Mal eine Teilerfassung vom überwachenden Beamten verboten.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Vorstand des Schuhmachervereins.

Mürnberg, den 12. April. Die vergangenen Samstag im „Sächsischen Hof“ abgehaltene Volksversammlung gestaltete sich, wie voranzuziehen war, zu einer großartigen Demonstration gegen die reaktionären Maßregeln der Nürnberger Polizei. Nachdem die ausgezeichnet besuchte Versammlung eröffnet und außer den zwei Vorsitzenden vier Schriftführer gewählt und ein Stenograph im Saale postirt war, begann der Vorsitzende Löwenstein mit einem recht interessanten Gleichniß von „müthenden Bauernhunden, welche den Mann, der sie durch eine Zauberformel bannen will, nicht zu Wort kommen lassen,“ die Verhandlung einzuleiten. Grillenberger referirte dann unter musterhafter Ruhe über den ersten Punkt der Tagesordnung, wobei er nachwies, daß alle Gewaltmaßregeln der herrschenden Klassen zu allen Zeiten stets nur von der Furcht vor der anerkennenden Minorität diktiert wurden, und zog dann treffende Vergleiche über das Verhalten der Herren Liberalen da, wo sie in der Minderheit sich befinden, gegenüber dem Gebahren an Orten, wo sie, wie z. B. in Nürnberg, noch die Mehrheit repräsentiren. Baumann ergänzte das Referat. Wegen der großen Hitze im Saal und ziemlich vorgerückter Zeit wurde der 2. Punkt der Tagesordnung: die Organisation der neuzugründenden deutschen Arbeiterpartei nur ganz kurz behandelt und soll in einer demnächstigen allgemeinen Arbeiterversammlung eingehender besprochen werde. Die Versammlung illustrierte wieder recht treffend das Märchen vom „Rückgang der Socialdemokratie.“

(N. F. Socialdemokrat.)

Den Parteigenossen zur Kenntniß-
nahme, daß wir unsern Delegirten zum Parteikongr. gewählt haben. Sollten bairische Orte aus irgend welchem Grunde einen selbstständigen Delegirten nicht schicken können und ihre Vertretung dennoch wünschen, so wollen sie das Mandat an C. F. Rüd., Herrenleibergsstraße 23, Würgburg, schicken. — Würgburg, 23. April.

Zum Congreß.

Der unterzeichnete Parteigenosse wäre geneigt noch einige Mandate zum diesjährigen Parteikongr. anzunehmen.
Dimitriehül (Batern). Emil Roland.

Briefkasten

der Expedition: Pl. in Frankfurt: Die gewünschte Schrift und die Photogr. kosten nebst Porto M. 2.96. Bei Zwickau: Reqnmen Sie die 60 Cpl. von Dhr zur Agitation.
Luitung
der Exp.: Jd. R.-J. Schr. 6.00. Pirsa Wankensf. Schr. 1.80. Refschne-Post Schr. 5.62. Jndr. Beckau Schr. 49.68. Arh.-B. Markt-Abt. Kan. 0.60. Kiffad. Darmen Kan. 2.80. Mr. Zwickau Schr. 1.80. Benc. Witten Schr. 8.00. Wagn. Ihenblig Ab. 2.60. Rochan. Darmen Kan. 1.90. Schr. 73.10.

Bund f. pol. Gemahregelte.

Son. D. hier 0.50. v. B. F. 1.50. v. E. L. 0.50 in Barmen.
Genossenschaftsdruckerei.
Antheilsscheine bez. Antjeilquittungen ertheilt fernere: In Leipzig. A. B. 30.00.

Anzeigen etc.

Augsburg Samstag, den 1. Mai, Abends 8 Uhr, in den „Drei Königen“:
Große Volksversammlung.
Tagesordnung: Die Sozialisten in und außer dem Reichstag. Referent: Herr J. Rotteler, Reichstagsabgeordneter aus Leipzig. J. Andres. [60]

Connwitz Arbeiterverein.
Mittwoch, den 28. April: Zusammenkunft in Gerhardt's Restaurant. D. S. [80]

Gohlis Montag, den 3. Mai, Abends 8 Uhr, in der „Oberbank“:
Volksversammlung.
Tagesordnung: Der Reichstag und die Sozialdemokratie. Referent: B. Liebknecht. (2a) [50]

Leipzig Donnerstag, den 29. v. M., Abends halb 8 Uhr:
Versammlung der Sozialdemokraten Leipzigs und der Umgegend
im Restaurant Bellevue (Leipziger Saal).
Tagesordnung: Die Organisation der deutschen Arbeiterpartei. Die Reichstagswahl in Leipzig. [80]

Clb. d. R. Son. Sonnabend, dem 1. Mai, beginnend jeden Sonnabend statt Freitags bei Richter, Köpplag 9. Der Präsident. [75]

Lindenau Mittwoch, den 28. April, Abends 8 Uhr, in der „Guten Anke“:
Gefellige Zusammenkunft, wozu die Mitglieder d. s. Arbeitervereins eingeladen sind. [40]

15. Wahlkreis.

Sonntag, den 2. Mai, Nachmittag 3 Uhr: Bezirksversamm- lung in der Carlstraße, keine Brüderkaffe, in Chemnitz.
Tagesordnung: 1. Die Besichtigung des Congresses. 2. Die Agitation. 3. Wahlangeregenheiten.
Zu zahlreichem Erscheinen, insbesondere der Mitglieder der Wahl-comités, ladet hierdurch ein Das Central-Wahlcomité: C. Schumann, Vors. [90]

Avis!

Unseren Volksstaats-Stadungen an die Filialen etc. haben wir einige Plakate des Arbeitsnachweis-Bureaus der Badrischen Arbeiterverbindung zum Anschlag in den Vereinen, oder Gewerkschaftslokale beigelegt. Leipzig im April 1875. Die Expedition des „Vollstaats“.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rindl.
Redaktion Gohlisstraße 4, Expedition Leipzigstraße 44, in Leipzig, Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.